

maßen: Es bedarf der näheren Begründung nicht, daß wenn eine Anzahl politischer Beamten, welche im Abgeordnetenhause gegen die Canalvorlage gestimmt hat, in den einflussreichen Ruhestand versetzt wird, der Staatsregierung nichts ferner gelegen hat, als diese Beamten für ihre Abstimmlung zur Rechenschaft zu ziehen. Mit der verfassungsmäßig verbürgten Unverfolgbarkeit der parlamentarischen Thätigkeit hat die Maßregel nicht das Mindeste zu thun. Sie hängt mit der Abstimmlung nur insoweit ursächlich zusammen, als diese der Staatsregierung den Beweis liefert, daß sie von den betreffenden Beamten eine so wirksame und kräftige Vertretung der Regierungspolitik nicht erwarten darf, wie sie von den politischen Beamten verlangt werden muß und bei der Berufung in ihr Amt vorausgesetzt worden ist. Ist somit die unerlässliche Voraussetzung für die den Staatsinteressen entsprechende Wahrnehmung des Amtes hinsichtlich geordnet, so hat die Regierung, wie das Recht, so die Pflicht, diese Beamten aus ihrem Amte zu entfernen. Die Versetzung in den einflussreichen Ruhestand ist keine Disziplinarstrafe, überhaupt keine Maßregel, sie schließt auch die Wiederanstellung in einem anderen Amte nicht aus. Sie ist eine Maßregel im Interesse des Dienstes und bezweckt lediglich, sicher zu stellen, daß der Verwaltungsdienst so functionirt, wie es im Staatsinteresse notwendig ist.

Der Eindruck, den das Vorgehen der preussischen Regierung gegen die conservative Partei in diesen Kreisen gemacht hat, ist natürlich ein tiefgehender. Das führende Organ, die „Deutsche Tagesztg.“, äußert sich u. a. wie folgt: „Der Eindruck, den dieser Erlaß aus uns macht, ist tief betrübend. Bisher waren wir mit Recht stolz auf das Pflichtbewußtsein unseres Beamtenstandes, und nun hat das Staatsministerium die Wahrnehmung gemacht, daß ein Theil der Beamten, — doch wohl ein erheblicher, sonst wäre der Erlaß als solcher unverfänglich, — sich seiner Pflicht nicht im vollen Maße bewußt ist. War diese Herabsetzung des Beamtenstandes notwendig? Und wie soll sie auf das Volk wirken. Uns ist nichts bekannt geworden, das die Nothwendigkeit eines so schweren Vorwurfs gegen einen Theil der „politischen“ Beamten, einer solchen Strafmaßnahme erweisen könnte. Ober will die Regierung, daß ihre Beamten fortan auf jede eigene Meinung verzichten und willenslos Eretuler der Aufträge werden? Will die Regierung, daß für die Beamten an der Spitze eines Kreises die Anschuldigungen und Wünsche des Kreises gar nicht existiren? Das kann sie nicht wollen. Damit würde sie den Stand und die Stellung der Beamten schwer schädigen; denn der Beamte muß ein aufrechter Mann sein und das Vertrauen seines Kreises haben. Beides hat dem preussischen Beamtenstand seinen Ruhm verschafft, ohne beides würde er ihn schnell verlieren. Wir verstehen nicht und Anlaß des Erlasses nicht, und so wie uns, wird es vielen gehen.“

Die Zeitung der conservativen Partei legte ihre Ansicht über die Stellung der Abgeordneten, welche Beamte sind, in folgender in der „Conf. Corr.“ abgedruckten Erklärung dar:

Unzweifelhaft haben Beamte das verfassungsmäßige Recht, als Abgeordnete zu reden und zu stimmen, wie es ihnen gut erscheint, und die Regierung hat nicht das Recht, ihre Disciplinargewalt wegen oppositionellen Verhaltens im Parlament geltend zu machen. Andererseits hat die königl. Regierung unzweifelhaft das Recht, politische Beamte ohne Angabe von Gründen zu befehlen. Daher ist die Regierung natürlich, wenn auch nicht rechtlich in der Lage, Beamte für misliebigen Verhalten in den Parlamenten zu strafen. Es fragt sich nun um die politischen Gesichtspunkte. Das Land und die Regierung haben ein entschiedenes Interesse daran, daß Beamte in den Parlamenten thätig sind; denn einerseits ist es wünschenswert, daß das Können und Wissen der Beamten den Beratungen zu gute kommt; andererseits ist die Arbeit in den Parlamenten für die höhere Ausbildung erprobter Beamter sehr nützlich und läßt sich mit der Commandirung von Offizieren zum großen Generalstab vergleichen. Unzweifelhaft werden die Beamten in der Form, wie sie ihre Ansichten im Parlament auch im Widerspruch gegen die königl. Regierung geltend machen, den für jeden Beamten notwendigen Takt an den Tag legen müssen. Diefem Erforderniß würde es nicht entsprechen, wenn ein Beamter in rückwärts aggreßiver Weise den Rathen der Krone entgegengetreten wollte. Aber die Abstimmlung der Beamten darf ihnen nicht verweigert werden. In Fragen wie die Canalfrage darf die Regierung wohl erwarten, daß Beamte in der Opposition keine leitende Stelle übernehmen, aber ihr „Ja“ oder „Nein“ bei der Abstimmlung darf die Stellung der Regierung zu ihren Untergebenen nicht beeinflussen. Ebensoviele wie ein Beamter deshalb weniger qualifizirt erscheint, weil sein pflichtgemäß abgegebenes Gutachten nicht die Billigung der Vorgesetzten gefunden hat, darf sein Votum als Abgeordneter ihm schaden. Es kommt noch folgende Erwägung hinzu. Das Land und die Regierung müssen wünschen, daß charaktervolle Männer Beamte sind, welche nicht aus Furcht, sondern aus voller Überzeugung ihre Pflicht thun. Nur solche Männer werden in kritischen Zeiten werthvolle Stützen sein und in der Bevölkerung Autorität haben. Und dieses Ansehen wird dadurch entschieden gefördert, wenn man im Lande weiß, daß Beamte als Abgeordnete in achtungsvoller Weise, aber ohne Furcht der Regierung gegenüber ihre pflichtmäßige Ansicht zur Geltung gebracht haben. Daher sollte eine weiterblickende Regierung es Beamten nicht verwehren, wenn sie in Fragen, wie das Canalproject, gegen die Vorlage stimmen.

Die „Nationalztg.“ schreibt: Die aufrichtigsten amtlichen Befürworter der Agitation des Bundes der Landwirthe sind wohl unter denjenigen Beamten zu suchen, welche nicht dem Abgeordnetenhause angehören; da diese in ihren Stellungen bleiben, wird um so mehr davon abhängen, ob mit der erforderlichen Entschiedenheit auf die Befolgung des Erlasses gehalten wird, was in erster Reihe Aufgabe der Oberpräsidenten ist. Dann aber wird es darauf ankommen, wie die zur Disposition gestellten Beamten ersetzt werden. — Herr v. d. Rede hat einen längeren Urlaub angetreten. Der Umstand, daß dies in dem Augenblicke geschieht,

wo ein Minister des Innern in dem Gebäude „Unter den Linden“ besonders notwendig wäre, spricht für die Richtigkeit der Vermuthung, daß Herr v. d. Rede dorthin nur zurückkehren werde, um sich zu verabschieden.

„Wenn das Bismarck erlebt hätte!“ Die national-liberale „Kön. Ztg.“ wendet sich in gereiztem und erbittertem Tone in einem Artikel, der noch vor der Beamtendisziplinierung geschrieben ist, gegen die jetzige Regierung in Preußen, die nach der verlorenen Canal-Schlacht zuerst sich mit süßlichen Worten großthut, dann aber dem Lande das überaus betäubende Schauspiel bietet, daß sie die den Consecrationen zugeworfenen Fehdehandschuh schleunigst zurückerbittet. Es sei ein Schauspiel, von dem man dringend gewünscht hätte, daß es dem Vaterlande erspart geblieben wäre. Das Blatt ruft aus: „Wenn das Bismarck erlebt hätte!“ In nächster Zeit werde man wieder Miquel an der Arbeit sehen, wie er mit neuen politischen Geschäften die Zahl der Canalfrunde zu erhöhen suche: Für das Centrum habe er die Gemeindevorlage, die Kölner Erbschaftsreform und des Besitztums, für die Conservativen habe er das Versprechen einer Erhöhung der Getreidezölle gegeben. Den Polen werde er gleichfalls ein Blumensträußchen zu überreichen suchen; für die Canalfrunde aber werde die Lage immer vermorener und unübersichtlicher. Das Vertrauen zu Miquel sei dahin. Was solle man aber von einer Staatsregierung halten, die zuerst mit nachdrücklichen, innerlich durchgereinigten Darlegungen es ablehnt, bei der Entschliessung über den Canal, andere fernabliegende, wirtschaftliche, politische Fragen zur Erwörterung und Entscheidung zu bringen und die nunmehr auf Jagd ausgeht, um durch ein reiches Maß Compensationen eine Stimme nach der anderen zu kaufen? Ein trauriges Ergebnis der jetzigen Lage sei, daß unter dem Ministerium Miquel die Agrarier die Herrschaft in Händen behalten haben.

Nach Mittheilungen aus Centrumskreisen lag bisher die Hauptschwierigkeit wegen der Lösung der Krise in der Erledigung der Frage, was mit den consensiblen Beamten geschehen soll. Miquel war gegen eine Disciplinierung und damit Verlegung der conservativen Partei, der Reichsanwalt hätte aber zur Bedingung seines Meidens gemacht, daß den Beamten neuerlich die Vertretung der Politik der Regierung vorgeschrieben würde. Man sieht also, daß der Anspruch des Reichsanwalts durchgegangen ist.

Daß natürlich in dem gegenwärtigen Augenblicke, in dem ein unerfreulicher Zustand zwischen der preussischen Regierung und der conservativen Partei eingetreten ist, das Centrum oben auf ist und seinen Weizen blühen sieht, ist erklärlich.

In Reize hielt diese Woche der deutsche Katholikentag seine Sitzungen ab. Es sind diese Tage dazu eingerichtet, damit das Centrum Kruppen werden und Stimmung machen kann. Auf diesem Katholikentage sagte einer der Centrumsführer, Dr. Borich, u. a.: Es ist thatächlich eine ganz absonderlich wichtige Zeit, in der wir uns gegenwärtig befinden. Ich komme von einem heißen Kampfe, von dem die Karben noch nicht wieder geschlossen sind. Sie haben wohl alle das, was wir in Berlin zu thun hatten, in den letzten Tagen und Wochen verfolgt. Und das, was dort vorgekommen ist, wird manche Leute in diesen Tagen nach Reize hindören und hinsetzen lassen (stürmischer Beifall), daher gestatten Sie mir, Ihnen am Vorabend des Katholikentages ein Wort zu sagen: Wir sind hier kein Parteitag der preussischen oder der deutschen Centrumpartei. Daher werden die Leute sich irren, die neugierig hierher nach Reize hindören, ob wir einen Canal bauen, oder wie weit wir einen Canal bauen sollen, oder ob wir bescheidenen Katholiken so unbescheiden sein werden, Compensationen zu verlangen. Solche politische Dinge stehen nicht auf der Tagesordnung der Generalversammlung. Aber eine Generalversammlung kann nicht achtlos vorübergehen an Dingen, die sich im politischen Leben abspielen. Wir können uns nicht verhehlen, daß an diesen Tagen merkwürdiger Weise manche Dinge nicht geschehen. (Stürmische Heiterkeit.) Aus den Vorgängen folgert sich für uns eine Thatsache: Wir Katholiken Preußens und Deutschlands müssen unerstickt mit glühendem Herzen, aber kühlem Kopfe zusammenhalten.

Sächsisches.

Hohenstein-Ernstthal, 2. September 1899.

(Mittheilungen von allgemeinem Interesse werden dankbar entgegengenommen und event. honort.)

In den Oberklassen der hiesigen Volksschulen wurde auch in diesem Jahre der Bedeutung des Sedantages durch Ansprachen, Vieder und Declamationen gedacht. Wichtigen die gegebenen Anregungen auf recht fruchtbaren Boden gefallen sein, auf daß sich das Dichterwort: „Eitel mögen kraftvoll walten, Schwer Ergrünnes zu erbalten!“

— **Gersdorf.** Bei der dieser Tage in Langau in Ploß Restaurant abgehaltenen 5. Rainings-Ausstellung erlangte Herr Herrn. Rehscher von hier einen 3. Preis auf belgische Riesen.

— **Chemnitz.** Die neue Thalperre wird 5-6 Millionen Mark kosten und das neue Sammelbecken über 3 Millionen Kubimeter Wasser fassen, die Rängenabsehung der neuen Sperre beträgt 2 1/2 Kilometer, die Staupöhe, also die Höhe der Sperremauer ist 36 Meter.

— **Glauchau.** Die königliche Amtshauptmannschaft macht bekannt, daß in Auerbach (Bez. Zwicau) und Lichtenstein die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist.

— **Glauchau.** In der am Donnerstag abgehaltenen Stadtvorordnetenversammlung wurde u. a. von folgenden Mittheilungen seitens des Stadtrathes Kenntnis genommen: Herr Commercenrath Stadtrath Ehret hat zur Begründung einer Freistelle in dem zu errichtenden Genußgesellschaft der Stadt 10000 Mark gestiftet. Die der Stadtgemeinde gehörige Mühle in Kleinfriesen soll verkauft werden. Bevor zu einem Neubau des Krankenhauses verritten wird, soll zunächst das Stadthaus und die Pestalozzischule gebaut werden. Das Haus Mariengraben 3 soll wegen Bauunfähigkeit abgetragen werden. Das R. Cullusministerium soll anderweit dringend um Genehmigung eines städtischen Gymnasiums in Glauchau gebeten werden. — Die Stadt Glauchau wird auf dem in Nürnberg stattfindenden Congresse für öffentliche Gesundheitspflege durch Bürgermeister Brink und zwei Stadtvorordnete vertreten sein.

— **Delitzsch i. G.** Am vergangenen Dienstag verbrannte sich das einjährige Stöhnen des Materialwaarenhändlers R. hier mit heißem Rassef derartig, daß es am Donnerstag seinen gräßlichen Wunden erlag. Die untröstliche Mutter hatte das Kind nur einen Augenblick in der Stube allein gelassen, während sie in den Laden abgerufen worden war.

— **Gallenberg.** Der Stadgemeinderath hat einstimmig beschlossen, den Rinsfuß für alle Einlagen bei der hiesigen Stadtparkasse vom 1. Januar ab auf 3 1/2 % zu erhöhen.

— **Mülsen St. Michael.** Am 29. v. M. fand eine Versammlung der Vertrauensmänner für den 37. Landtagswahlkreis statt. Nach langer Debatte über die beiden Kandidaten der Ordnungsparteier, Engelmann hier und Mülsol-Bischoff, ließ ersterer erklären, daß er von seiner Kandidatur zurücktreten wolle. Seine Anhänger sind jedoch mit dieser Erklärung nicht einverstanden und beabsichtigen Wahlenthaltung.

Der L.-G. Anz. berichtet über diese Versammlung: Director Knüpfer, St. Michael, legte kurz dar, wie es gekommen, daß Herr Hermann Engelmann, St. Michael, candidierte, und wie diese Angelegenheit sich seit Januar v. J. entwickelt habe. Hierauf ergriff Amtshauptmann Schmeier das Wort und sprach sich zunächst sehr mißbilligend über das Vorgehen des Bundes der Landwirthe in dieser Angelegenheit aus. Zugleich befruchtete er aber auch, wenn an beiden Kandidaten (Engelmann und Mülsol) festgehalten würde, man der Socialdemokratie in die Hände arbeite. Zum Schluß meinte er, es wäre besser, wenn Herr Engelmann zurückträte. Pastor Schluttig, St. Jacob, tritt ganz entschieden für die Candidatur E's ein und macht der Versammlung den Vorschlag, wenn noch eine Einigung erzielt werden sollte, so müßten beide Kandidaten zurücktreten und ein dritter aufgestellt werden. Darauf wurde nicht eingegangen. Ueberhaupt machte sich unter den Herren aus Hohnsdorf und Mülsol eine Schwankung zu Gunsten Mülsols bemerkbar, was auch Herr Pastor Schluttig ohne weiteres ansprach. Die Herren Leichtenring und Schneider sprachen ebenfalls für E. Nach einem kurzen Worte des Herrn Amtshauptmanns erklärte nun Director Knüpfer im Namen Engelmanns, wenn im Lichtensteiner Bezirke keine Einigkeit herrsche, wolle er gern zurücktreten. Dief. Erklärung, die wie der Blick aus heiterem Himmel unerwartet kam, erregte bei allen anwesenden Herren aus dem Mülsengrund tiefe und große Mißstimmung.

— **Stollberg, 1. September.** Der 5jährige Sohn eines hiesigen Einwohnern hat im Kuhstalle des Stadtquartierbesizers Herrn Göderitz mit Streichhölzchen gespielt, wobei die dort lazierenden und leicht feuerfangenden Stoffe in Brand geriethen und der Kuhstall ausgebrannt ist. Trotz der schnellen Hilfe mußten 5 Stück Rinder und ein Ochse, weil sie mehrere Brandwunden erlitten hatten, getödtet werden. Zum Glück hat Herr Göderitz seinen Viehbestand versichert. Dieser Fall mahnt wieder ernstlich, die Hundshölzchen ja stets so aufzubewahren, daß es den Kindern unmöglich, sie zu erlangen.

— **Zwickau.** Die hier aufgefundenen Wandmalereien stammen aus dem 15. Jahrhundert und sind jetzt photographisch aufgenommen worden.

— **Grimnitz, 1. Sept.** Heute Morgen gegen 8 Uhr ist Herr Maschinenbauer Otto Kramer, welcher bei dem Brande des hiesigen Fein- und Schumann gehörigen, in Reichshain gelegenen Farbereigebäudes durch den Einsturz einer Mauer verunglückte, seinen schweren Verletzungen im städtischen Krankenhaus erlegen.

— **Burgkädt.** Die namentlich von socialdemokratischer Seite sehr eifrig betriebene Verschmelzung der beiden hiesigen Ortskantonsen ist am Mittwoch Abend von der Rasse I einstimmig angenommen worden. Die Arbeitgeber, welche sämtlich gegen diese Vereinigung waren, hatten bereits vor der Abstimung die Versammlung verlassen. Doch hat die höhere Verwaltungsbehörde erst diesen gefassten Beschluß noch zu genehmigen.

— **Freiberg.** Hat innerhalb weniger Jahre vier Pürgermeister kommen und gehen sehen. Kaum war einer der Spitzen der städtischen Verwaltung etwas eingelebt, so wurde sie wieder weggehählt. Den betr. Herren konnte man es natürlich nicht verdenken, da sie ja stets in bessere Stellungen kamen. Um nun nicht gleich wieder auf die Suche gehen zu müssen, haben die städtischen Vertretungen diesmal die Stelle gar nicht nicht erst ausgesprochen, sondern ihr Auge auf einen Bürgersohn, den Rechtsanw. und Stadtv. Dr. Müller, geworfen, der ohne Zweifel einstimmig gewählt worden wird. Da gilt der Prophet im Vaterlande doch einmal etwas.

— **Ebersbach, 31. August.** Theure Obstbäume besitzt der hier bei der neuen Hainhülle wohnende Exp. dient Herr Wolf. Mit diesem Herrn konnte die hiesige Gemeinde wegen Abtretung von 6 Obstbäumen, welche wegen Anlegung der neuen Straße entfernt werden müßten, keine Einigung erzielen. Infolgedessen hatte sich die Gemeinde an die Amtshauptmannschaft Löbau gewandt und deren Vermittelung angerufen. In Anwesenheit des Regierungsaffectors v. Kirchbach fand daher am Montag mit Herrn Wolf und dem Gemeinderathe Verhandlung statt. Herr Wolf hatte für die 6 Obstbäume 210 M. verlangt. Er hat ein Exemplar gemacht, nach welchem er in 6 Jahren von 2 Kirchbäumen 154 M., von den 3 apfelbäumen 63 M. und von dem Birnbäume 230 M. Einnahme erzielt haben will. Vom Amtstrassenmeister waren die Bäume auf 156 M. geschätzt worden. Nach 7 langen Verhandlungen ging Wolf mit seiner Forderung auf 1500 M. zurück. Da diesen Preis der Gemeinderath nicht bewilligen konnte, so blieb die Verhandlung resultatlos und es ist nun die Expropriation beantragt worden.

— **Blauen, 30. August.** Die Vogelstädtische Stickschiffenfabrik in Blauen (vorm. J. C. u. H. Dietrich), Actien-Gesellschaft, baut jetzt Schiffenstammmaschinen in der Länge von 6 Meter; es ist dies die größte Länge, die man bis jetzt kennt. Derartige Maschinen kommen gegenwärtig in Blauen zur Aufstellung.

— **Paschwitz bei Mügeln.** Das in Baderich von einem Dienstknecht in fahrlässiger Weise durch einen Lehmstein auf die Brust verwundete Kind des hiesigen Hausbesizers Sachse ist am Sonntag noch an den Verletzungen gestorben.

— **Dresden.** Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Neisevigerstraße Nr. 67 dadurch, daß das 2 Jahre alte Stöhnen des Gärtners Beyer in einem unbewachten Augenblick aus dem im 3. Stock

gelegenen Fenster in den Hof stürzte. Der Tod trat nach 10 Minuten ein. Der herbeigerufene Arzt Dr. Pelt konstatarie Schädelbruch.

— **Weißen, 31. August.** Ein unerwartetes, plötzliches Ende ereilte heute früh den erst seit vorigem Jahre hier amtierenden Vorsteher der Galtestelle Tribischthal, Herrn Adolf Benndorf. Als er sich gegen 8 Uhr vom Güterbahnhofe nach der Personnalstelle begeben wollte, wurde er mittweg von einem Gehirnschlage getroffen, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. Der so plötzlich verschiedene Beamte stand erst im 42. Lebensjahre. Er hinterläßt Frau und zwei Kinder. — In der Nacht zum Montag ist der 31 Jahre alte Steuermann Herbert Tübert aus Münchgr., der am Elbquai der Strohhofbrück Lännecht bei Köthig Kohlen auslud, spurlos verschwunden. Er dürfte jedenfalls ertrunken sein.

— **Der Neue Thiergartenverein Leipzig** hat aus dem Süden zunächst 27 Zügel kommen lassen, die, jeber 110-120 M. kostend, als Ersatz für Zughieren dienen sollen; die Nachfrage nach den neuen Zughieren ist bereits sehr lebhaft.

— **In Hof (Bayern)** ist die Buntweberei von Rudolph u. Rußner abgebrannt; viele Arbeiter verlieren dadurch ihre Beschäftigung.

— **Gera.** Die Firma Brauns Söhne läßt in Nordamerika ein: Weberei, die vorläufig 200 Beschäftigte enthält, errichten. Hier geht das Gerücht, daß ein Confortorium von Industriellen am hiesigen Plage in der Bildung begriffen sei, welches gleichfalls ein ähnliches Unternehmen in Nordamerika plant. Daß solche Gründungen im Auslande nicht dazu beitragen, die Industrie im Inlande zu heben, ist selbstverständlich.

— **Oreig.** Die hiesige „Zeitung“ schreibt: „Eine Jacquardkarte, deren Warzenlöcher mit über den Kartenrand hinwegreichenden Verstärkungsblechen versehen sind, wurde hiesigen Herrn Bruno Rohleder hier unter Nr. 119 829 patentamtlich geschützt. Man bringt dieser Erfindung in betheiligten Kreisen zur Zeit das lebhafteste Interesse entgegen, da dieselbe einem alten Uebel abhülft, das jedem in der Praxis Störenden nur zu gut bekannt ist, indem durch diese Verstärkungsbleche alle bei den Warzenlöchern sich ergebenden Miststände beseitigt werden. Zahlreiche Anfragen bezgl. Angebote, nicht nur aus Deutschland allein, sondern auch aus Belgien, der Schweiz, Frankreich zc. sind bereits infolge der bezgl. Veröffentlichung des Patentamtes im „Reichsanzeiger“ bei dem Erfinder eingelaufen und bezeugen, daß weiteste Kreise dieser Neuerung die rechte Beachtung schenken. Bei längerem Gebrauche einer Jacquardkarte war es seither bekanntlich unvermeidlich, daß die Warzenlöcher weich wurden und ausriffen, wodurch dann jedesmal Reparaturen an der Karte nöthig wurden, welche schon wegen der dadurch entstehenden Kosten, hauptsächlich aber wegen der Zeitverluste, für den Arbeiter und Fabrikanten gleich schädigend wirkten, besonders bei Fabriken, welche keinen Karten-schläger in unmittelbarer Nähe hatten. Auch entstanden beim Arbeiten mit Karten, bei denen die Warzenlöcher weit geworden waren, infolge ungenauer Anlegens auf dem Zylinder viele Webfehler, indem die Karte nicht mehr genau an die Nadel anschlug. Alle bisher zur Bekämpfung dieser Uebelstände getroffenen Vorkehrungen besaßen dieselben nicht, so daß man selbige schließlich als unabänderlich hinnahm. Durch die Neuerung nun werden alle diese Schwierigkeiten mit einem Schlage beseitigt, und zwar in der Weise, daß die Warzenlöcher ringsherum mit einem Blechrand umgeben sind, welcher durch ein einfaches mechanisches Verfahren mit dem Kartenblatt unloslich verbunden ist. Dieser Blechrand erzeugt keine merkbare Erhöhung auf der Blattfläche und wird auch mit diesem zusammen herausgeschlagen, so daß das Warzenloch im richtigen Verhältnisse zu den Nadel-Blättern steht. Durch die geradezu verblüffende Einfachheit, mit welcher das Verstärkungsblech an Blatt befestigt ist, wird die Herstellung der Karten in keiner Weise verlangsamt, und stellen sich selbige auch nur um ein Geringes theurer als die alten Karten, was im Verhältnisse zu dem sich ergebenden Nutzen gänzlich verschwindend ist. Diese Verstärkungsbleche sind nicht nur anwendbar bei Jacquardkarten unserer Gezeiger Brände, sondern auch bei den großen und kostspieligen Karten der Seiden-, Leinen-, Möbelfloß-, Gardinen- zc. Weberei. Die neue Erfindung ist bereits in hiesigen Fabriken auf ihren praktischen Werth hin geprüft und von hervorragenden Fachleuten für durchaus zweckmäßig und vollkommen befunden worden, so daß anzunehmen ist, daß sich dieselbe bald in weitesten Kreisen einbürgern wird.“

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Berlin, 1. September. Die heutige große Herbstparade des Gardecorps war vom schönsten Wetter begünstigt. Die Aufstellung der Truppen war die übliche. Der Kaiser traf mit seiner Schwester, der Kronprinzessin von Griechenland, vom Neuen Palais aus ein, ferner wohnten der Parade Prinz Leopold von Bayern, die Prinzen August Wilhelm und Oscar bei. Die Kaiserin selbst, da sie sich wegen ihres Fußes Schonung auferlegen muß. — Bei der Parade hielt der Kaiser eine Ansprache, in welcher er etwa folgendes aussprach: „Es drängt mich, an der Reihe des Jahrsrückblicks Meinem Gardecorps Meinen Dank auszusprechen. Denn am heutigen Tage ist es das letzte Mal gewesen, daß die Fahnen des Gardecorps auf dem Tempelhofer Felde gemeinschaftlich in diesem Jahrhundert geweiht haben. Der Rückblick auf das Jahrhundert führt an Königsgräbern und Königsstandbildern vorbei. Dem Gardecorps ist es beschieden gewesen, Meinen Vorfahren in Treue zu dienen und Ich wünsche, daß dasselbe sich auch im neuen Jahrhundert auszeichne in unermüdlicher Friedensarbeit und wenn es notwendig sein sollte, auch auf dem Schlachtfelde. Die Officiere und Mannschaften aller Grade mögen dabei hinsichtlich auf die nun stillen Häuser Meiner beiden Vorfahren, zumal auf das historische Fenster des großen alten Kaisers, alle Empfindungen des Dankes und der Freude über Mein Gardecorps fasse Ich zusammen in den Ruf: Das Gardecorps hurra! hurra!“

Oesterreich-Ungarn.

Der österreichische Kaiser scheint doch zu fühlen, daß es mit der Mißhandlung der Deutschen nicht so weiter gehen kann. Der Neuen Freien Presse zufolge hat der frühere Präsident des Abgeordnetenhauses Freiherr von Schumacher in einer Audienz beim Kaiser in